

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Wk. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark, pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebengespaltene Kolonne je Zeile resp. deren Raum 1.- Mark.
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Verantwortlich für die Redaktion: **Georg Wismann, Sothum.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Bergarbeiter! Auf zum Kampf für eure Rechte!

Das Volk ist aufgefordert, am 25. Januar zu bekunden, wie es über die Regierungspolitik und die Tätigkeit der politischen Parteien urteilt. Des Volkes wichtigstes Recht ist, durch freigestellte Vertreter teilzunehmen an der Regierung des Landes. Dieses wertvollste Volksrecht steht auf dem Spiel! Unseren geschulten Kameraden brauchen wir nicht erst zu erzählen, daß die Reichstagsauflösung am 18. Dezember 1906 eigentlich nicht erfolgt: wegen der Kolonialforderung. Diese war nur ein Vorwand für die Kaiser des Volksrechtes. Ueber 400 Millionen Mark haben die Konservativen, Zentrumsteuere, Nationalliberalen und „Freisinnigen“ schon für die südwestafrikanische Sandwüste bewilligt aus dem Volkvermögen, verpulvert, verschwendet für eine wertlose Sache. Nun sollten nach 29 Millionen Mark hinzu vergesendet werden. Aus Angst vor den nächsten Wahlen spielte das Zentrum diesmal etwas Opposition, wollte „nur“ 20 Millionen Mark weiter geben, die Konservativen, Nationalliberalen und „freisinnige“ Parteien waren bereit alles und noch mehr zu bewilligen. Da aber die Regierung von der Volkvertretung gar keine Opposition „dulden“ will — die Sozialdemokraten haben überhaupt stets gegen die Verschwendung der Steuergroschen in die überseeischen Sandwüsten gestimmt, — so kam für den Regierungsantrag keine Mehrheit zustande, und da erklärte zur allgemeinen Ueberraschung der Reichstagsmitglieder den Reichstag für aufgelöst! Das Zentrum hatte vorher erklärt, es würde über weitere Verschwendung von Steuergroschen später gern mit sich abhandeln lassen! Die Kolonialforderung kann also nicht der eigentliche Grund der Reichstagsauflösung sein. Was also?

Der wirkliche Auflösungsgrund ist der in einflussreichen Kreisen herrschende erbitterte

Haß gegen das allgemeine Wahlrecht!

Der Reichstag als Produkt dieses Wahlrechtes erweist sich in den Augen der konservativen, nationalliberalen und „freisinnigen“ Parteiführer als gefährlicher Feind. Bei Gelegenheit der Kolonialforderung haben diese Unstiller von oben, diese Verächter der Volksrechte einen Triumph gefeiert, wie das Geheul in der Scharfmacherpresse 1 hrt. Ungeheuer fordert diese Sippschaft auf zur

Beseitigung der Volksrechte!

Wenn diese Staatsverbrecher nicht ganz gehörig was auf den Deckel bekommen am Wahltage, dann wird ihr Verbrechermut das äußerste wagen. Keine im neuen Reichstag eine wahrheitsfeindliche Mehrheit aufkünde, so stürzte sie unser Vaterland in unabsehbare innere Kämpfe, die den Bestand des Reiches aufs äußerste bedrohen. Deshalb erkläre ich der Wahltag über die Gesetze des Volkes und des Reiches! Gerade die Vergleute sind auf eine freie Aussprache ihrer Klagen und Forderungen im Reichsparlament angewiesen. Würde das Wahlrecht beschnitten, dann käme selbstredend auch das Vereins- und Versammlungsrecht daran. Die gewerkschaftliche Organisation der Vergleute würde zuerst verboten! Darüber haben die Scharfmacherreden im Landtag und Reichstag keinen Zweifel gelassen.

Darum kämpft besonders der Bergarbeiter für sein Leben, seine Gesundheit, wenn sich die gewaltigen Massen der Grubenproletarier als Schutzwehr für das allgemeine Wahlrecht

zusammenballen! Um dieses wichtigste Staatsbürgerrecht zu vertheidigen, werden die Grubenarbeiter eventuell auch nicht vor den schärfsten Abwehrmitteln zurückweichen und so rüsten wir uns als Schutztruppe der Volksrechte, indem wir die Wahl-agitation überall benutzen zur

schnellen, großartigen Stärkung des Verbandes!

Kameraden, die Zeit ist hochernst, wir müssen auf alles gefaßt sein!

Der Reichstagskanzler erklärte, die Regierung ließe sich vom Parlament „nicht in die Kommandogewalt hineinreden“, nicht vorschreiben, was in Sachen des afrikanischen Aufstandes zu tun sei. Das heißt mit anderen Worten: „Der Reichstag soll bewilligen was die Militärpartei verlangt, im übrigen haben die Volksvertreter das Maul zu halten!“ Dieser Regierungserklärung fauchte zu der ganze Chorus der Wahlrechtsfeinde, Staatsstreicher, Zuchthausgesetzler und Arbeitermörder. Da diese Sippschaft der Regierung Recht gibt, wissen die Bergarbeiter mindestens, was die Glöde geschlagen hat.

Das Recht des arbeitenden Volkes, über seine Geschicke in der Gesetzgebung mit zu bestimmen, steht bei der Neuwahl des Reichstages auf dem Spiel! Nichts mehr und nichts weniger!

Der Reichstag hat seit vielen Jahren kein großes Arbeiter-schutzgesetz, keine entscheidende Reform der Arbeiter-verbinderungs-gesetzgebung geschaffen! Fast die ganze Kraft der konservativ-nationalliberal-zentristischen Reichstagsmehrheit hat sich erschöpft in Bewilligungen riesiger Geldsummen für Militär, Flotte, Kolonien, „Weltpolitik“. Auf den Lippen haben diese Bewilliger die christlichen Worte: „Liebe deinen Nächsten“. Du sollst nicht üben“, aber im Herzen tragen sie das unstillbare Verlangen, durch Millionenvergeudung für entlegene Kriegsinstrumente sich „nach oben“ für Böhnen, Orden und Würden zu empfehlen. Wie mit den Steuergroschen des Volkes von den Konservativen, „Christlich-Sozial“-Antisemiten, Zentrumsteuere und Nationalliberalen Ueber-wirtschaft getrieben worden ist, können die Kameraden speziell im zweiten Artikel dieser Nummer nachlesen. Da die Schuldigen an dieser wahnwitzigen Geldverschwendung aber wieder versuchen, der Arbeiter-schutz Sache in die Augen zu streuen mit Rühmreden über die unvergleichliche Sozialgesetzgebung“, so sei von vornherein fest-gestellt, daß aus Reichsmitteln ausgegeben wurde:

in 3 Jahren 400-500 Millionen Mark für südwestafrikanische Sandwüsten

in 20 Jahren 340 Millionen Mark für Arbeiterversicherung!

Und für eine solche Mithrtychast soll die Arbeiterschaft, die oben drein den Hauptteil der Kosten selbst aufbringen muß, auch noch dankbar sein?

Der Arbeiterschaft könnte es schließlich gleichgültig sein, ob und wieviel Geld für Abenteuerpolitik verpulvert wird, wenn die Bescheidenden, die Reichen, die Millionäre das Geld, ausbrächten. Aber wenn's aus Zahlen geht, halten die „patriotischen oberen Schichtaufsteiger“ ihre großen Geldsäcke zu! Zum Zahlen ist das arme Volk da! Die großen Lasten werden in erster Linie den Arbeitern, den Armen und Kerntzen aufgebürdet! Das Reich bezieht seine Einnahmen hauptsächlich aus den Zöllen und Steuern auf Volks-nahrungsmittel! 1878 brachten diese Nahrungsvereuernden Abgaben dem Reiche 235 Millionen Mark ein, pro 1907 sind sie auf 907 Millionen Mark veranschlagt! Je ärmer die Familie, um so stärker wird sie von den Zöllen und Verbrauchssteuern bedrückt! Eine direkte Reichseinkommensteuer, angelegt mit steigender Wirkung auf die Reichen und Millionäre, hat die sozialdemokratische Partei wiederholt beantragt; sie beantragte auch Herabsetzung bzw. Abschaffung der Lebensmittelzölle. Beide volksfreundlichen Anträge sind stets von der konservativ-nationalliberal-zentristischen Reichstagsmehrheit abgelehnt worden; sie hat an dem System der Nahrungsverteuerung, der stärkeren Belastung der Kerntzen festgehalten!

Zollpolitik ist Lohnpolitik! Als 1901/1902 der Hunger-zolltarif zur Debatte stand, haben fast alle Agitatoren der christlichen Gewerksvereine bestritten, daß die Zollpolitik die Nahrung verteuere, indirekt den Lohn schmälere, darum Gewerkschaftspolitik sei. Viele christliche Gewerksvereinsführer haben sogar auf Zentrumsbefehl für den Hungerzolltarif agitiert! Weil der Bergarbeiterverband die Gefahr erkannte, sich gegen den Zollwucher auszusprechen, hieß es in der Gewerksvereinspresse, er sei „sozialdemokratisch“.

Seitdem sind vier bis fünf Jahre vergangen. Die Preise für Lebensmittel, speziell für Fleisch, sind infolge der Zollerhöhung und der Grenzsperrn enorm gestiegen! Der Bergarbeiterverband hat das vorausgesehen, aber die fast ohne Ausnahme dem agrarischen Zentrum anhängenden Gewerksvereinsführer behaupteten früher, der Verband wolle nur „hagen“. Das dicke Ende ist nun da! Unsere im Oktober 1906 gestellte Lohnforderung ist eine Folge der Nahrungsmittel-verteuerung! Der christliche Gewerksvereinsvorstand hat dies durch seine Unterschrift der Lohneingabe bestätigt! Mehr noch! In unserer Petition an den Reichstag, die ebenfalls vom christlichen Gewerksvereinsvorstand unterschrieben ist, wird um Abhilfe gegen die Nahrungsverteuerung gebeten! Es ist also vollkommen so eingetroffen, wie der Bergarbeiterverband bei der Debatte um den Zollwuchertarif vorausgesehen. Unser Verband hat sich als zuverlässige Vertretung der gesamten Bergarbeiterschaft bewiesen.

Immerfort ist die Reichsschuldenlast gestiegen, immerfort haben Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum Millionen und Millionen bewilligt zur Vergeudung in afrikanische Sandwüsten; immerfort suchte man die Reichseinnahmen zu vermehren durch höhere Verzollung der nützlichsten Lebensmittel, durch neue Steuern auf Volksgebrauchsgüter. Der Bergarbeiterlohn stand 1906 vielfach nicht höher wie 1900. Wie die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ berechnet hat, mußte aber eine vierköpfige Familie wegen der Lebensmittel-verteuerung 1906 über 133 Mark mehr ausgeben wie 1900, wenn sie die gleiche Nahrung genießen wollte. Die Arbeiterernährung hat sich darum verschlechtert, die Vergleute wurden gezwungen Lohnforderungen zu stellen! Daß die Zollwucherei und die Grenzsperrn die Bergarbeiterlage verschlimmerte, haben selbst Zehnjahre konstatiert. Auf der einen Seite Ver-meinerung der Reichsschulden, unverantwortliches Verschwenden von Millionen und Millionen Steuergroschen, auf der anderen Seite größere Not und Entbehrung in hunderttausenden Arbeiterfamilien. Die lauer verdienten Groschen der Arbeiter sind, summiert zu hundert Millionen Mark, in die afrikanischen Sandwüsten verpulvert, ungeheure Profite sind infolge skandalöser Lieferungsverträge in die großen Taschen der „nationalen“ Spekulanten, Vobbielst und Gen. geflossen. In Deutschland wissen die Lohnsklaven mit ihrem kärglichen Lohn kaum ihre Familien notdürftig zu ernähren, trotzdem sollen ihnen noch mehr Steuern aufgeladen werden. Ein solches Steuersystem schreit zum Himmel. Dieses System wurde fortgesetzt unterstützt von allen Parteien, nur nicht von der Sozialdemokratie!

Die bescheidene Lohnforderung der Vergleute ist schroff, höhnend, spöttisch abgemiesen! Die Arbeiterauschüsse wurden zum Narren gehalten. Der Zentrumsgraf Magni-Neurode maß-regelte obendrein Arbeiter-ausschukmitglieder, als sie die Lohnforderungen überreichten! Nun erwarteten die Vergleute, der Reichstag werde gegen den Nahrungsmittelwucher einschreiten. Aber die Petition der vereinigten Bergarbeiter-verbände an den Reichstag, des Inhalts, es möchten Vorkehrungen zur Milderung der Fleischnot u. ger-vorfen werden, wurde von den Verbrechern der Konser-vativen, des Zentrums und der Nationalliberalen verworfen! Keine Grenzöffnung, keine Herabsetzung der Hungerzölle, keine billigeren Volksnahrungsmittel — das erklärten die Regierung und die konservativ-nationalliberal-zentristische Reichstagsmehrheit noch kurz bevor sie auseinander-gelagt wurde. Die christlichen Gewerksvereinskameraden belagten mit uns um Abhilfe der Nahrungsverteuerung, aber das Zentrum welches vorab di Interen der

christlich organisierten Arbeiter zu vertreten, das Zentrum bekämpfte die christliche Arbeiterforderung, trat sie mit Füßen! Wieder war es die Sozialdemokratie, die für die Wünsche der christlich organisierten Arbeiter eintrat! Das läßt sich nun nicht mehr aus der Welt leugnen.

Was helfen uns 16 Prozent Lohnhöhung, wenn die Lebens-mittelpreise um 30 Prozent hinaufgewuchert werden?! Die Gewerkschaftler haben ein außerordentliches Interesse an einem Reichstag, der den Schrei des hungernden Volkes hört, mit der Nahrungsverteuerung austräumt! Und deshalb werden die Bergarbeitermassen am Wahltage der Parole folgen:

Sort mit dem Lebensmittelzollwucher!

Die Gewerkschaften bedürfen zu ihrer Entfaltung ein freieres Vereins- und Versammlungsrecht, ein Gesetz, welches die Gewerkschaften als vollberechtigte Organisationen anerkennt. Was die Regierung den Gewerkschaften bieten wollte, das Gesetz betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, ein richtiges Polizeigesetz, war bestimmt, die Arbeitergewerkschaften zu verkleinern, zu zerstückeln, lahm zu legen. Als im November 1906 der Gesetzesentwurf im Reichstag beraten wurde, hielten Konservative, der national-liberale Reimer und der Stückerparteilier Schack richtige Scharfmacherreden. Auch der Zentrumsführer Trimborn sagte es, diesen Entwurf eines Ausnahmengesetzes gegen die Gewerkschaften als eine „gute Grundlage für die Kommissionsberatung“ zu empfehlen! Übermals zeigte sich die Sozialdemokratie als energielose, sachkundige Vertreterin der Arbeiterforderungen. Selbst der Zentrumsabgeordnete Wiesberts und der nationalliberale Abg. Bassermann erklärten, der Sozialdemokratie liegen habe den Gesetzesentwurf richtig gekennzeichnet. Ein Glück, daß durch die Reichstagsauflösung auch das geplante Polizeigesetz gegen die Gewerkschaften einseitig erledigt ist. Aber wir brauchen ein fortschrittliches, einheitliches Gewerkschaftsgesetz für das ganze Reich. Insbesondere die Vergleute waren durch das Polizeigesetz sehr bedrückt. Die Vergleute haben darum ein doppeltes Interesse zu fordern ein freies Reichsvereinsgesetz!

Nieder mit den Scharmachern und den Zuchthausgesetzlern!

Das ist auch unser Wahlkampf. Kameraden, denkt nur an die endlosen Kladderereien mit der Polizei wegen der Ausübung eures Vereintretes! Denkt an die vielen Strafen und Prozesse die ihr zu erdulden hattet im Kampfe für euer Streikrecht. Am Wahltage muß darüber quittiert werden.

Was aber die Bergarbeiterschaft ganz speziell bis zum letzten wahlfähigen Belegschaftsmitglied an die Wahlurne treiben muß, das ist der Ruf:

Ber mit dem reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz!

Wenn sich Massengräber öffnen, Duzende und Aber-tausende, ja über hundert Bergarbeiterleben auf einmal vernichtet sind, dann will alles vor Mitleid zerfließen. So war es bei den Katastrophen auf Kleophasgrube, Wangelshacht, General Blumenthal, Frankenhof, Siberia, Karolinen-gück, Zollern, Borussia und wie die entsetzlichen Denkmäler des Bergarbeitersterbens alle heißen. Aber kaum war das erste Graß über den Massengräbern gewachsen, dann ging es wieder los in der „nationalen“ Zechenpresse mit dem wüsten Schimpfen über die „begehrlichen“ Vergleute.

Ungehört sind eure Klagen verhallt, vergeblich war der Jammer der Witwen und Waisen — die Mißstände blieben bestehen. In einer Reihe von Streiks, die schon 1889 begann mit dem Kampf der Waldenburger Kameraden, versuchten die Knappen das drückende Joch abzuschütteln. Der Kiefernaustand 1889, der Saargebietstreik 1893, die Verzweigungstreiks der Oberschlesien seit 1894, die Streiks der Braunkohlenleute 1897, 1900, 1906, die monatelangen Kustände der Neuroder und der nieder-schlesischen Vergleute 1905 und 1906, endlich der gewaltige Generalstreik der 200000 Ruhrbergleute, alle sind unergiebige Wahrzeichen des Kampfes der Vergleute um ihre Menschenrechte.

Endlich sollte ein besseres Bergarbeiter-schutzgesetz kommen. Die Regierung versprach es, als die Ruhrbergleute im Generalstreik standen. Wieder hoffte die Bergarbeiterschaft auf Erfüllung ihrer alten Forderungen. Und was ist gekommen?

Steine statt Brot

hat die preussische Berggesetzkommission den Vergleuten gebracht. Unter Führung der nationalliberal-konservativen Parteien hat der Landtag das Bergarbeiterschutzgesetz verknüpft! Die Regierung, die wegen der Regierjagd in Afrika den Reichstag auflöste, die Regierung dudete nicht nur die hobnvolle Verknüpfung ihrer Vorlage, sondern empfahl den „gerupften Vogel“ auch noch zur Annahme, damit nur ja der Reichstag kein wirkliches Bergarbeiterschutzgesetz schaffe! Der Regierung sind die Kolonial-abenteurer wichtiger wie der Schutz hunderttausender Vergleute!

Und das Zentrum, dem sich jetzt immer noch Gewerksvereinsführer aus dem Bergarbeiterstande als Agitatoren und Kandidaten zur Verfügung stellen, wie benahm sich das Zentrum? Es versprach den Bergarbeitern heilig und teuer, mindestens die Regierungsvorlage zu genehmigen, wenn diese nicht zustandekäme, an den Reichstag zu gehen. Jedoch einige Tage vor der entscheidenden Abstimmung erklärte der Zentrumsretreier Abg. Geisler: Der Landtag muß ein Reichsberggesetz verhindern! Das Zentrum brach dann den Vergleuten das Wort, stimmte für das Schwundgesetz!!!

Damit hatte das Zentrum wieder auch den christlichen Gewerkvereinsamerikern einen Vorkick gegeben, denn auch diese haben mit uns 1906 auf dem Bergarbeitervertrag beschlossen: **kein Schundgesetz** darf angenommen werden von den Abgeordneten, die es ehrlich mit uns meinen, sondern, wenn der Landtag die Bergarbeiterwünsche nicht berücksichtigt, dann **ein gutes Reichsbergarbeiterchutzgesetz** geschehen!

Dieser Forderung der gesamten Bergarbeiterschaft hat das Zentrum ins Gesicht geschlagen. Nationalliberale und Konservative haben die Bergleute mit Hohn und Schimpf traktiert. Mit den Konservativen verbindet das Zentrum eine junge Erbenverwandtschaft.

Was euch Bergleuten angetan wurde, als ihr auf besseren Lebenssinn hinstrebt, das vergesset nicht am Wahltag! Die Zentrumspresse glaubt schon wieder, die freien Gewerkschaften als „sozialdemokratische Organisationen“ bezeichnen zu dürfen, weil die Gewerkschaftspresse- und Gewerkschaftsdrucker zur Wahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter auffordern. Zu gleicher Zeit teilt die Zentrumspresse aber auch mit, daß die christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf zusammen gekommen sind und beschlossen, für das Zentrum einzutreten! Also für die Zentrumspartei, die anschlagend bei der Reichstagswahl dem Zentrum, dem Zentrumspartei, die im Landtag und Reichstags gegen die Forderungen der christlichen Gewerkschaften getrieben hat, für die Zentrumspartei, die nach dem Zeugnis ihrer Zeitung „Germania“ weiß von ungeheuerlichen Plänen der Volkseinde aber darüber schweigt, für diese Zentrumspartei wollen die best. Gewerkschaften nicht mitarbeiten! Weiter kann man die „Selbstverleugnung“ und die „politische Neutralität“ nicht treiben.

Wir aber sind der Meinung, daß die Bergleute nun lange genug geduldet, beschiden, vertrauenslos gemacht sind. Lange genug für Nationalliberale, Konservative und Zentrum getrieben haben, um dafür zum Dank Zutritte zu bekommen. Als die konservativen Agrarier glaubten, noch nicht genug Liebesgaben aus den Taschen des Volkes bekommen zu haben, da drohten sie: „Wir wählen sozialdemokratisch“ als Ausdruck der schärfsten Opposition.

Wenn irgend eine Kerngruppe Ursache hat, in die schärfste Opposition gegen das herrschende System zu treten, dann sind es die Bergleute! Und sie werden sich nicht davon abhalten lassen, mögen die Feinde heulen, wie sie wollen. Der letzte Reichstag hat es bewiesen: Wenn es sich um einen Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde, gegen Absolutismus, gegen Volksbelastung, gegen Brot- und Fleischwucher, für Gewerkschaftsrecht und für Bergarbeiterrecht handelte, dann hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als die zuverlässigste Vertreterin der Volks- und Arbeiterrechte gezeigt. Auch für die wichtigsten Forderungen der christlichen Gewerkschaftenamerikern ist nur die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit großer Entschiedenheit eingetreten! Das wird auch amtlich anerkannt, denn das von der Regierung herausgegebene „Reichsarbeitersblatt“ bezeichnet die

„Sozialdemokratie als die politische Vertretung der Arbeiterschaft.“

Darum müssen nun die Bergarbeiter ganz genau, wie sie am 25. Januar dem herrschenden System die schärfste Mißbilligung ausdrücken können.

Die Arbeiter und vorzüglich die gewerkschaftlich organisierten können keiner Partei die Stimme geben, von der bekannt ist, daß sie in der Vertretung der Arbeiterinteressen vertrauenswürdig ist. Die anderen Volksparteien handeln auch nur im eigenen Interesse. Ganz richtig schreibt der „Christliche Textilarbeiter“:

Schon seit Jahren fordert die christliche Arbeiterschaft ein freies Koalitionsrecht. Mit Sorgen sieht der Familienvater, wie die notwendigen Lebensmittel stets im Preise steigen. Noch immer unterliegen die Berufsvereine der Rechtsfähigkeit. Zahllose Schwierigkeiten erwachen den Gewerkschaften durch die buntgedruckte, einseitige Vereinsgesetzgebung. Alle diese Punkte werden im Sinne oder zu Ungunsten der Arbeiterschaft entschieden werden, je nachdem die Zusammensetzung des neuen Reichstages erfolgt. Darum, christliche Arbeiter, wählet bei der kommenden Wahl eure Interessen und wählet nur den Kandidaten, der in allen oben angeführten Punkten für eure Interessen eintreten will!

Also freies, einheitliches Reichsvereinsgesetz, ein gutes Gewerkschaftsgesetz, Maßregeln gegen die künstliche Verknappung der Lebensmittel, das Verlangen auch die christlichen Gewerkschaften. Nur der Partei, die diese Forderungen vertreten hat und vertritt, sollen die christlichen Gewerkschaften am Wahltag ihre Stimme geben. Das Zentrum, die Konservativen und Nationalliberalen haben sich gegen diese christlichen Arbeiterforderungen erklärt, erinnert sei nur an die Freischütze. Von den großen Parteien ist nur die Sozialdemokratie für die Befreiung des Lebensmittelschwunders eingetreten!!! Demzufolge fordert der „Christliche Textilarbeiter“ auch ganz richtig zur Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter auf. Auch die christlichen Gewerkschaften werden aufgefordert, keinen konservativ-liberal-nationalliberalen Vereinsgegner, keinen konservativ-nationalliberal-zentrumlichen Grenzverräter und Zollwucherer zu wählen. Das ist ganz unsere Meinung.

Bergleute, Kameraden! Der Wahltag ist Wahltag! Denkt daran, wie man euch mißhandelt hat durch das Schundgesetz und die brutalen Maßregeln nach den Ericks! Denkt daran, wie man euch wie Verbrecher gejagt hat von Zeche zu Zeche, von Revier zu Revier, überall verfolgt von den schwarzen Linen, der Sperre, der Maßregelung! Denkt daran, wie man auf euren Schrei nach Gerechtigkeit und Lebenssinn geantwortet hat mit Schimpf und Verachtung! Denkt an die Massengräber, an den Tod so vieler treuer Kameraden und Brüder! Denkt an den herzzerreißenden Jammer der Witwen und Waisen, denen ihre Lieben jah eintrissen. Ihr wißt, daß viele noch leben, wenn das Bergarbeiterleben besser geschützt wäre! Denkt an alles, was ihr in den letzten Jahren herunterwürgen mußtet an Ingrimm, Mut, Empörung über die euch angetane Mißhandlung. Vergesst nichts! Auf alles geht Antwort am Wahltag! Wahltag ist Wahltag!

Die Reichsfinanzmishwirtschaft und steigende Belastung der Armen

Kommt in nachstehenden Zahlen zum Ausdruck. Sie sind von den Gewerkschaften nicht zu übersehen, denn es sind Lohnabzüge, mit denen das herrschende System aufrecht erhalten wird. Durch die Zölle und Verbrauchssteuern werden die Volkswirtschaftsmittel ungebührlich verteuert, trotz aller Mehrzahlenterei kommt deswegen der Arbeiter mit seiner Familie nicht vorwärts. Schrieb doch sogar das Begehrenorgan, die „Rh.-Westf. Ztg.“ am 10. Oktober 1906:

Zu der Tat sind die Lebensmittelpreise so stark gestiegen, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. So dagegen kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, ja noch nicht so weit wie früher.

Das verdanken die Arbeiter dem von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen hochgehaltenen Zollwucher- und Grenzverrentensystem. Es verarmt die Arbeiter, trägt ihnen den Lohn. Nach dem Gutachten des Reiches zur Feststellung des Reichsfinanzverhältnisses für 1907 belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben des Staats mit 2565 Millionen Mark.

Wie kommen diese Einnahmen zustande? In erster Linie durch Zölle und Verbrauchsabgaben, die für 1907 eine Einnahme von 907 Millionen Mark ergeben sollen. Diese Zölle und Verbrauchsabgaben belasten aber in erster Linie, weil sie auf die notwendigen Lebens- und Verbrauchsgüter verlegt sind und als Kopfsteuer wirken, die große Masse der nichtbesitzenden Klasse!

Da die Reichsausgaben, in erster Linie die Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien, wie wir weiter unten zahlenmäßig nachweisen werden, unangesehnt gewachsen sind, mußten auch die Zeicheneinnahmen entsprechend gesteigert werden. Da aber die Zeicheneinnahmen, die die Einkünfte der Vermögensgegenstände, nicht selbst die wachsenden Kosten in Gestalt direkter Steuern auf sich nehmen wollten, mußten die Kosten für die nichtbesitzenden Klassen aufgebracht werden, also die Zölle und Verbrauchsabgaben.

Die Einnahmen hieraus betragen demgemäß:

Im Jahre 1878	235 Millionen Mark
" " 1885	346 " "
" " 1893	641 " "
" " 1900	807 " "
" " 1907	907 " "

Damit sind aber die Vornehmsten der nichtbesitzenden Klasse auferlegten Lasten noch keineswegs erschöpft. Denn von der Einnahme aus Zöllen und Steuern von insgesamt 1179 Millionen Mark kommen nur etwa 110 Millionen aus den Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer, den Reichsstempelabgaben (abzüglich der Lotteriesteuer, die ja ebenfalls von der Masse mitgetragen wird), der Aufsichtsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Erbschaftsteuer in Betracht, die nicht von der besitzlosen Klasse zur Hauptsache aufgebracht werden müssen.

Der Ueberschuß des Steuerbetrages von 1069 Millionen Mark wird also von der besitzlosen Klasse getragen!

Die übrigen Reichseinnahmen setzen sich im wesentlichen zusammen aus:

Einnahmen der Reichspost und Telegraphenverwaltung	610 Millionen
" " Reichsdruckerei	9 " "
" " Reichsforstverwaltung	118 " "
Matrrikularbeiträge	259 " "
Umsätze	265 " "

wobei bemerkt werden muß, daß die Matrrikularbeiträge d. h. die Beiträge der Einzelstaaten, zu vier Fünftel im Grunde gar nicht geleistet werden, da ihnen Ueberweisungen an die Bundesstaaten in Höhe von 202 Millionen Mark gegenüberstehen.

Die Netto-Einnahmen aus den obengenannten Reichsbetrieben aber werden in letzter Linie ebenfalls wieder durch kapitalistische Ausnutzung der proletarischen Arbeitskraft erzielt.

Man sieht, die Finanzen des Reiches ruhen überwiegend auf den Schultern des Proletariats in Stadt und Land, die Leistungen der besitzenden Klassen sind im Verhältnis dazu verschwindend minimal!

Wofür aber werden diese Einnahmen in der Hauptsache verausgabt? Für Meer, Flotte und Kolonialpolitik.

Die Ausgaben für das Landheer betragen 798 Millionen Mark, für die Marine 290 Millionen Mark. Ferner erfordern die Kolonien 88 Millionen, die Expedition nach Ostafrika 6 1/2 Millionen, der Allgemeine Pensions- und der Reichsinvalidenfonds 140 Mill., die Verzinsung der Reichsschuld (die für militärische Zwecke gemacht wurde) 137 1/2 Millionen Mark!

Insgesamt erfordern also der Land- und Wasser-militarismus und die Kolonialpolitik die Riesensumme von 1460 Mill. Mark.

Zutreffend ist eine Statistik des Wachstums dieser Ausgaben. Es wurden ausgegeben für Meer und Marine ohne Kolonialpolitik, Pensionsfonds und Schuldenverzinsung:

1877	489 Millionen Mark
1887	632 " "
1897	815 " "
1907	1088 " "

Die militärischen Gesamtausgaben aber beziffern sich 1907 auf 1460 Millionen Mark!

Das kolossale Anschwellen der Ausgaben für Land- und Wasser-militarismus und unsere jamose Kolonialpolitik, die sich trotz aller Andrehens der Steuerkränze, trotz der in diesem Jahre beschlossenen neuen Steuern in Höhe von mehr als 200 Millionen Mark nicht durch Einnahmen decken lassen, hat das Reich auch immer tiefer in eine heillosen Pumpschwanz hineingezogen!

Die Reichsschuld betrug

im Jahre 1877	16 Millionen Mark
" " 1887	486 " "
" " 1897	2141 " "
" " 1907 über	4000 " "

Und trotz dieser ungeheuerlichen Mißwirtschaft soll das deutsche Volk einer Handvoll Kolonialinteressenten und Kolonialphantasten zuliebe neue Hunderte von Millionen für Südwafrika zum Fenster hinauswerfen!

Hunderttausende Arbeiterfamilien leben in bitterster Armut, grauenhafte Wohnungsverhältnisse existieren in den Industriegebieten, unzählige Familienwäter wissen nicht, wie sie ihren Kindern die nötige Kleidung, das nötige Schuhwerk kaufen sollen. Wer trotz der Massenarmut im eigenen Vaterlande hunderte Millionen Volkvermögen für Abenteuerpolitik vergeudet hat, der verdient, am Wahltag zum Teufel gejagt zu werden.

Als Reichstagskandidaten

sind von Mitgliedern unseres Verbandes seitens der betreffenden sozialdemokratischen Wahlkreis-Parteilösungen aufgestellt:

- Zosif Adamet für Rattowitz-Zaborze
- Franz Scholtysel " Bentzen-Larnowitz
- Franz Danisz " Rybnik-Platz
- Siephan Zuschnski " Znamorajaw-Hohenfalsa
- Hermann Sasse " Waldenburg in Schlesien
- Edmund Graf " Sangerhausen in Thüringen
- Otto Sue " Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen
- Franz Polorny " Heddinghausen-Borck
- Johann Leimpeters " Saarbrücken

Die „christliche Holzarbeiterzeitung“ schließt ihren langen Wahlauftrag mit der Forderung:

„In den Reichstag nur solche Leute, die unter allen Umständen die Rechte des Volkes zu wahren wissen und besonders das beherrschende Reichstagswahlrecht.“

Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß die unserem Verbandsentnommenen Reichstagskandidaten durchaus zuverlässige Verfächter der Volksrechte unter allen Umständen sind. Daß die obengenannten Kameraden speziell für die Gewerkschaftsrechte und einen gründlichen Bergarbeiterchutz eintreten werden, wenn sie in das Parlament einzutreten, versteht sich von selbst.

Knappschäftliches.

Die Quartalsitzung der Verbandsältesten der Kommission Bochum und Gernc fand am 16. Dezember 1906 statt. Nicht anwesend waren: Horn, Burmeister, Fichtner, Fuzeier, Sud und Lehner. Von den Angewählten waren erschienen: Koch, Kloth, Benz und Sghothane. Kamerad Fischer gab den Bericht über die letzten Sitzungen des Knappschäftsvorstandes. Kamerad Schwarz ergänzte denselben in einigen Punkten und schloß sich den Ausführungen Fichtners an. Robbaste Veranlassung rief die Mitteilung der Wahl des Ältesten Wieneke zum Oberältesten hervor. Der Arbeiter-

sekretär Wolf-Bochum hielt dann einen Vortrag über das Verhältnis des Knappschäftsvorstandes zum Unf Gesetz, der mit lebhaftem Interesse angehört wurde. Von einer Diskussion wurde wegen der vorgedrängten Zeit abgesehen.

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zeche Friedlicher Nachbar. Es paßt den Herren nicht. Die von den Verbänden vorzunehmende Lohnkürzung scheint bei den Begehrenverwaltungen arg verkannt zu haben. Bei der letzten (Dezember-) Lohnkürzung wurden sämtliche Lohnbücher aus vorbenannter Zeche festgehalten. Früher wurde mit dem Lohne auch das Lohnbuch ausgehändigt und jeder konnte sein Lohnbuch an der Markenausgabe (wenn er's wollte) wieder abgeben, jezt wird es sofort festgehalten. Ob man dadurch die Lohnkürzung illusorisch machen will? Wir erlauben daher alle Kameraden in ihrem eigenen Interesse, bei der Januarabrechnung Mann für Mann das Lohnbuch zu fordern. Weiter klagen die Arbeiter über die Walschlau. Ein großer Teil der Brausen liefert kein Wasser. Wenn einmal Wasser kommt, so ist es eiskalt. Es wird uns sogar mitgeteilt, daß sich Kameraden wegen der schlechten Walschlauverhältnisse dalebst kündigen und der Walschlau den Rücken kehren. Zudem werden die Kameraden während der Aus- und Einfahrt im neuen Schachte vielfach bis auf die Haut nass. Darüber ist so vielfach schon geklagt, auch schon Abhilfe geschaffen worden. Doch nach einiger Zeit geht es wieder nach der alten Weise. Hoffentlich schafft man jezt ständige Reparatur.

Zeche Oberhausen I und II. Sie geben auf die Kritik in der Zeitschrift nicht. Die Kameradschaft I. und II., welche gemeindefreilich ihre Kohlen in einen Kofferten klappt, hatten schon einige Monate Kohlen gefehlt. Auf ihre diesbezügliche Beschwerde erwiderte der Steiger Hochstein: Bringt mir den Dieb, dann bezahle ich euch eure Kohlen sofort. Unsere Kameraden beauftragten den Schichtmeister V. derselbe stellte bald fest, daß die Schleppe die Kohlen mit fremden Nummern stecken. Nun verlangten unsere Kameraden dem Versprechen des Steigers gemäß Bezahlung. Da kamen sie schäb. an. Sie künnten ja ans Gewerbegericht oder zum Graf Teufel gehen. Auf eine Kritik in der Zeitschriftungen gebe er die Verwaltung nicht, gegen solche Mißstände könne man nicht aufstehen. Der Schichtmeister mußte sich bei unserem neuen Obersteiger melden, der demselben erklären wollte, der Schichtmeister habe die Kohlen nummeriert. Als der Mann dieses Ansinnen zurückwies, meinte der Obersteiger T. B. G. S.: Sie halten weiter zur Zeche noch zu den Beamten, sondern zu den Arbeitern. Wir werden Sie als Schichtmeister nicht gebrauchen. Am 15. Dezember mußten alle Sünder und Gerechte sich melden. Sie ließen den Obersteiger nicht erst kündigen, sondern kündigten selbst, trotz Sperre. Am 10. Dezember fanden die Verhandlungen vor dem hiesigen Gewerbegericht statt. Hier gestand Obersteiger Hochstein, er habe den Schleppe befohlen, so zu handeln. Der Vorgesetzte machte ihm plausibel, daß er in dieser Beziehung gar nichts zu befehlen habe und machte ihn auf einige rechtliche Einwirkungen aufmerksam, es handelte sich um einen Wechsel. Sofort bewilligte Hochstein, diese Einrichtung sei da. Unsere Kameraden erklärten, dies sei unwahr und beschreiben die Einrichtungen. Hochstein wollte noch retten, was zu retten war, aber der Bergat tat ihn mit den Worten ab: Sie wollen mir wohl Räubergerichten aus Ihrer Mißzeit erzählen, ich werde Ihre Revier einmal gründlich inspizieren. Auf eine Bemerkung des Steigers, den anderen Parteien fehlten oft Kohlen und die wäten zufrühen, erwiderte der Bergat: Wissen die Bergleute denn nicht, daß hier ein Gericht ist, wo recht gesprochen wird; aber ich will es sagen, die Leute sind zu furchtsam, ihr Recht zu tun. Bravo diesen Bergat! Dem Klagenantrag unserer Kameraden wurde stattgegeben und die Bezahlung verurteilt. Diesen Monat fehlen dem Kläger wieder 33 Wagen Kohlen à 1,20 Mark. Auf unsere Beschwerde am Lohntag unter Hinweis auf das Urteil des Gewerbegerichts erwiderte Hochstein: Ach das Urteil vom Bergat ist ja Wumpst. Hier sind für mich die Direktion und Arbeitsordnung maßgebend. Unsere Kameraden müssen also wieder ans Gewerbegericht gehen und noch ein Wumpsturteil einkreiden. Unter der Einwirkung der Sperre müssen unsere Kameraden einige Monate Frau und Kinder verlassen, um in der Fremde zu arbeiten. Aber nur zu, ihr Herren, das Maas laßt sich über und dann ist's genug. Auch feinfühlig ist Steiger Hochstein. In den nächsten Tagen wird er sich von unserem Arbeiterausschuß im Termin vor dem Amtsgericht in Mülheim seine angeblich komponierte Ehre flüchten lassen. Er fühlt sich von einem Mitgliede des Arbeiterausschusses beleidigt. Auch da wird er nicht viel Vorbeeren pflücken.

Zeche Präsident (Schacht II). Die Schichtmeister fahren hier immer noch während der Zeiteförderung von einer Sohle zur anderen. Ist dies herpöppelisch erlaubt? Unserer Ansicht nach nicht. Der Holz-mangel hat etwas nachgelassen, wann wird aber die Verwaltung dazu übergehen, das Holz vor die Arbeit liefern zu lassen, wie es sich gehört? So manche Krankheiten holt sich der Bergmann weg, wenn er naß geschwitz durch den Durschlag laufen muß, um Holz zu suchen. Ferner mühten wir dem Steiger Kollener a empfinden, Ruiniges Unglück mit Menschen zu studieren und sich Ausdrücke, wie „Schwein“ geg u über der Arbeiterschaft abzugeben. Denn er wird sich als Beamter doch nicht zum Hüten solcher Vorstenerger für geeignet halten. Auch über Herrn Cramer werden allerhand Sachen berichtet. So verlangte ein Kamerad, der am 1. November auf Präsident anfuhr, einen Wag u Kohlen. Dies wurde ihm verweigert und als er sich dagegen wandte, wurde er angehaucht: „Sie sind wohl verrückt, gleich schmeiße ich Sie heraus.“ Am 14. Dezember verunglückte ein Kamerad, einem anderen Kameraden einfahe dabei der Aufstieg: Schon wieder ein Opfer des Kapitalis. Am 15. wurde nun diesem Kameraden mit dem Bemerkten gefündigt, daß er kein Opfer des Kapitalismus werden solle. Weihnachten wird so mancher Kamerad sein Lohnbuch in die Hand genommen und die über ihn im Laufe des Jahres verhängten Strafen zusammengezählt haben, welche schönes Christgeschenk hätte er seiner Familie für dies Geld, das man ihm weggenommen, kaufen können. Es kann deshalb für uns noch keinen Frieden geben, wir müssen kämpfen, um für uns und unsere Nachkommen bessere Verhältnisse zu erringen, deshalb vorwärts, rüttelt die Lauen auf, bringt sie der Organisation zu auf daß wir alles, was dem Arbeiter feindselig gegenübersteht, bei Seite schieben.

Wiktoria. Gedingernduzierung statt Lohnaufbesserung ist hier in Mode gekommen. Am 16. November wurde dem Kameraden in Flöh Mausegatt 5 Pfg. im Flöh Kretenischeer 10 Pfg. pro Wagen gefährt. Am 17. November wurde im Flöh Mausegatt noch mal 5 Pfg. pro Wagen genommen. Am 3. Dezember wurde im Flöh Kretenischeer II den Kameraden 2 Mk. pro Meter das Gebilge geführt und zwar vom 1. Dezember an. Trotzdem die Arbeiter nicht über 5,50 Mk. pro Schicht verdient hatten. So sieht die Lohnaufbesserung bei dem neuen Betriebsführer Wolfötter auf Wiktoria aus.

Zeche Wiendahlbänk. Pünktlichkeit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr. So scheint die Verwaltung der genannten Zeche seit einiger Zeit zu denken, besonders in der Woche vor Weihnachten wurde die Schicht um eine Viertelstunde verlängert. Die Mittagschicht soll eigentlich von 10 1/2 - 10 1/2 Uhr ausfahren, doch wird es jezt in der Regel 11 - 11 1/2 Uhr, das sind in der Woche andert-halb Stunden, also beinahe eine ganze Schicht im Monat. Aus diesem Grunde erklärt sich auch die kolossale Fudelei, die bei der Einfahrt herrscht, denn die Kameraden von Homdrach-Varot fahren das Abends um 11,10 Uhr gerne mit dem Zug nach Hause; wenn um 11,11 Uhr die Einfahrt beendet wäre, so künnten diese Leute auch die letzten Körbe benutzen, da es aber bis 11,11 Uhr dauert, so müssen sie jezt u, daß sie die ersten Körbe bekommen. Am Schacht steht aber kein Mann, der die Markten in Empfang nimmt, wie es auf anderen Zechen üblich ist, sondern die Markten werden unten am Schacht dem Aufschlagger in die Hand gedrückt, dieser soll nun aufpassen, daß keiner vergißt, seine Marke abzugeben und soll ferner den Korb bedienen. Es kommt auch vor, daß viele ihre Markten mit anderen Kameraden bei dem ersten Korb herunter-schieben, da kann es nicht ausbleiben, daß Kameraden, die des Mittags tatsächlich den ersten oder zweiten Korb hatten, des Abends mit dem dritten vorlieb nehmen müssen. Des Mittags herrscht bei der Einfahrt ein Gedränge am Schacht, das nicht schön ist. Das kommt daher, daß bei der herrschenden Kälte die Tote nach der Kettenbrücke offen stehen. Da man zu den Kameraden nicht der Kälte entsprechend gekleidet sind, sieht ein jeder zu, daß er in die Grube kommt. In der Waschküche künnte es auch wärmer sein. Doppelte Türen sind wohl da, doch die Gewichte, welche die Türen geschlossen halten, fehlen, infolge dessen stehen sie auch immer offen. Auf das Weltblechhüschchen vor der Kasse künnte ein Dach gemacht werden, damit die Zugluft etwas aufgehalten wird. In der Kasse für jugendliche Arbeiter ist schon monatelang eine Feuerschäube kaputt. Noch etwas zu der von den Unternehmern angeblich schon gewöhnlichen 15prozentigen Lohnbesserung. Im Monat November machte ein 1. dritter Weinschäuber 13 Schichten und verdiente dabei 21,06 Mk. Ist dies ein Lohn für Bergleute?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Rheinpreußen Schacht IV. Die Herren Ruffner haben den Vorzug. Wenige sind es nicht, die den Namen Ruffner haben und dadurch ihr Recht in Anspruch nehmen, sich nicht an die Ordnung bei der Einfahrt zu halten, sondern in Reih und Glied stehende Kameraden zurückdrängen. Dadurch kommt es mancher Kamerad, der schon 15 bis 20 Minuten als erster in der Reihe steht, erst mit dem zweiten oder dritten Korb zur Einfahrt, da die Herren Ruffner vorgehen. Da Herr Betriebsführer Saker schon so manchen für die Arbeiter günstigen Wandel geschaffen hat, so eine flotte Lohnauszahlung, was wir gerne anerkennen, so möge er auch hier Ordnung schaffen und den 80 Aufsehern ei prägen, Ordnung zu halten. Auch nahmen sich schon Aufseher heraus; Schläger mit einer Spitze zu traktieren, die Herren sollen sich in Acht nehmen, daß sie nicht einmal an die richtige Adresse kommen. Aus Tage haben wir schon gesehen, daß Pferde mißhandelt werden, vielleicht sieht der Herr Betriebsführer einmal auch hier nach dem Rechten.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Königin Louise Grube. Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Bei dieser fiskalischen Grube können wir aber nicht dazu raten, daß die Privatunternehmer sie als Beispiel sich zum Vorkur nehmen. Im Oktober wurden zweimal in der Woche Ueberflachten gemacht und große Kohlenhaufen aufgeschüttet, die jetzt verladen werden. Dabei zeigt unser fiskalisches Werk so recht seine „Arbeiterfreundlichkeit“. Ein Unternehmer hat das ganze Verladegeschäft übernommen und holt sich seine Arbeiter aus den Staatshäusern resp. Gefängnissen. Die Sträflinge kommen ja billiger als freie Arbeiter. Was sagen die Mittelständler dazu, die so oft Klagen darüber führen, daß das Justizhaus so billige Arbeit liefert, daß sie nicht konkurrieren könnten. Der Staat solligt ausgezeichnet für arbeitslose Leute, d. h. wenn diese erst im Gefängnis sind. Möge man nur auf den fiskalischen Gruben den militärischen Trill abschaffen, besser er bezahle und den Arbeitern seine Vorschriften machen, welcher Partei oder welchen Vereinen sie beitreten dürfen, dann werden sich für die fiskalischen Werke Arbeiter in Masse finden und hätte man nicht nötig die Arbeiten durch Sträflinge ausführen zu lassen.

Antondra-Grube (Oberschlesien). Schutz gegen das Unwetter verlangen hier die Arbeiterinnen, welche auf der Wage mit dem Verladen der Kohlen beschäftigt sind. Es ist hochwichtig, eine Bedachung heranzustellen, auf daß die Arbeiterinnen nicht dem Schnee und Regen ausgesetzt sind und dadurch schon belästigt und Rheumatisismus davontragen. Es ist wahrlich schon schlimm genug, daß in unserem Vaterlande — wo man sonst vor Mißgefühl, wenn einmal irgend eine große Person Bahnstärker hat, zerhauen würde, — Mädchen und Frauen schwere Arbeit leisten müssen, soerge man wenigstens dafür, daß sie nicht durch Witterungselemente sich noch Krankheiten holen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bochum. Die Grube Königsdorn bestätigt die Angaben unseres Kameraden Sacke indem sie ihm einen Brief, enthaltend ein Schreiben und den „Schwäger Anzeiger“ zuleitet. Aus dem letzteren ersieht man, daß der Vergamant W. in einem Monat mit 10.40 M. befristet wurde, also die Ausführungen unseres Kameraden Sacke vollkommen der Wahrheit entsprechen. Nach dem „Schwäger Anzeiger“ ist der betreffende W. schon einige Male auf Grube Königsdorn entlassen aber später auf seine Bitten wieder eingekerkert worden. Auch habe man ihm bei der letzten Annahme mitgeteilt, daß er, so oft er feie t, auch befristet werde. So ist ihm auch geschehen. Uns mündert nur, daß der Betriebsführer der Grube Königsdorn wirklich so mittelwichtig ist, einen Kameraden, dessen Lust zu Feiertagen er kannte, immer wieder einzuschließen. Es muß daher keiner der schlechtesten Arbeiter gewesen sein, denn nur mit Rücksicht auf Gottesloben stellen sonst die Herren Betriebsführer keine Leute ein. Ober-sollte der Herr Betriebsführer von Grube Königsdorn eine Ausnahme von der Regel sein? Wieviel hat ja auch die Grube keinen so großen Schaden davon, wenn ein Mann heute arbeitet, aber morgen wieder feiert und nun den Verdienst als Strafe betrogen muß. Es mag daher die Sache mit W. sich verhalten wie es will, durch die Grube selbst ist bewiesen, daß Sacke im Recht war, als er von hohen Strafen sprach.

Kirchberne. Wie den Mitgliedern bekannt, haben wir im Januar d. e. Wirtschaft der Frau Wwe. Schod vorparatirt, weil sie uns ihren Saal zu Versammlungen verweigerte. Dies sollte nach Ansicht des Staatsanwalts ein Verbrechen sein und wurde dieserhalb gegen fünf Kameraden Anklage erhoben, wozu die Anklagen gegen vier Kameraden wegen mangelnder Beweise in den Papierkorb wandern mußten. Es sollte nur noch der fünfte, nämlich der erste Vertrauensmann hinreichend verdächtig sein, versucht zu haben, durch den Boykott dem Verbands einen Vermögensverlust zu verschaffen. Es fand dieserhalb am 14. Dezember ein Termin wegen verdächtigter Erpreßung vor der zweiten Strafkammer gegen ihn statt. Er mußte aber kostenlos freigelassen werden. Es werden ihm sogar die unentgeltlichen Verteidigungskosten aus der Staatskasse zurückerstattet.

Neumühl. Bei der Vorstandswahl der Unterstützungs-kasse Neumühl figierten in allen sechs Wahllokalen die Verbandskandidaten. In dem Bezirk bei Wirt Schäfer hatten die Christlichen noch nicht einmal einen Kandidaten angestellt, jedenfalls um ihre „Stärke“ nicht zu verraten.

Sodingen. Das Geheim war schuld daran, daß der „Christliche“ Gewerkscheinler Stuhmann sich einen vierwöchigen Urlaub nahm und seine Heimat Ostpreußen besuchte. Es gefiel ihm nun dort so gut und der ostpreussische Heimatsdiaktel heimelte ihn so an, daß er sich entschloß, um diese Leute auch in der Ferne zu hören — eine Anzahl seiner Landsleute mit nach Westfalen zu nehmen. Es gibt nun Leute, die den heimatsliebenden Stuhmann im Verdachte haben, daß ihn nicht das Heimweh, sondern die Grube zu dem Entschluß, seine Geburtsstätte zu besuchen, gebracht habe, also mit kurzen Worten, daß er sich, ein „christlich“ organisierter Arbeiter, als Verber gebrauchen lieg. Besonders christliche Kameraden sind ungehalten darüber, daß einer ihrer Vertrauensgenossen, noch dazu der Schwiegersohn ihres früheren Vertrauensmannes Kupij, sich als Reuehändler habe gebrauchen lassen. So kann das Heimweh für so manchen zwar für den Weibabend ganz nützlich, aber für das gute Einvernehmen mit seinen Kameraden schädlich sein.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Laurahütte. Im Dezember vorigen Jahres wurden in der polnischen Ausgabe der „Bergarbeiterzeitung“ die hiesigen schlechten Wohnungsverhältnisse einer Kritik unterzogen und dabei bemerkt, w un eine Epidemie ausbräche, wisse die Polizei nicht, aus welchen Ursachen sie entstehen sei, d. h. daß es an den nötigen Revisionen fehle. Die Staatsanwaltschaft legte nun, da sich der Herr W. m. a. n. von Laurahütte durch den Artikel beleidigt fühlte. Durch Zeugenaussagen wurde bewiesen, daß es Wohnungen gibt, die von Ungeziefer wimmeln, daß dort das Wasser die Wände herunterläuft usw. Trotzdem wurde unser Kamerad W. h. m. a. n. als damaliger verantwortlicher Redakteur der „Gazeta Gornicza“ am 29. Dezember d. J. in Bochum zu vier Wochen Gefängnis wegen Verleumdung verurteilt. Dies wird uns aber nicht abhalten, die hiesigen Verhältnisse solange an den Branger zu stellen bis sie besser werden.

Waldenburg. „Sie (Die Zentrumsjournalen. D. H.) lügen wie die Teufel und schwören in aus Prinzip.“ Diese Worte des ehemaligen bayerischen Abgeordneten Sigl, Redaktur der „Bayr. Vaterland“, fallen einem unwillkürlich ein, wenn man die Berichte über die „Gleichnot-Versammlungen“ der Reichstreuen in Nr. 285 der „Schlesischen Nachrichten“ (In Nr. 51 des „Freierabend“ schreibt Herr — (Ermer) z. D. H.) auch einen vor Unwahrheit strotzenden Bericht liest. Wir berichteten über diese Versammlungen schon wahrheitsgemäß und kurz in unserer vorigen Nummer, worauf wir verweisen. Daß diese beiden Zeitungen einander wert sind, folgen sie dadurch, daß sie im Verdrehen und Wittern von Unwahrscheinlichkeiten sich übertrumpfen. Da dieser Bericht des „Freierabend“ wahrscheinlich sich übertrumpfen. Da dieser Bericht haben wird, damit dem — Berichterstatter vor Gericht sein entstellter Bericht und seine Beschimpfung des Kameraden, „Sacke“ ordentlich vor Augen geführt werden kann, so sei heute nur kurz folgendes richtig gestellt: 1. Es ist nicht wahr, daß Sacke auf die Ausführungen des Referenten Dr. Böhm nicht sachlich zu erwidern wußte und immer von Thema abwich. Wahr ist, daß Sacke sehr sachlich und ruhig den Referenten miderlegte. Herr Dr. Böhm und Ermer haben in der ersten Versammlung selbst Sacke das Lob ausgesprochen, daß er sich sehr sachlich gehalten habe. Erst als in der Abendversammlung Ermer die Sozialdemokratie angriff, die „Vorwärts“-Druckerei und „Reppiger Volkszeitung“ in entstellter Weise in die Debatte zog, da antwortete in

treffender Weise auch Sacke auf diese Angriffe, ohne zur Sache gerufen zu werden. Alle anständigen und wahrheitsliebenden Besucher dieser Versammlung können das bestätigen und werden mit uns die tiefste Schlämme über diese Art Berichterstattung. 2. Was ist unwar, daß Herr Arbeitersekretär Müller dem Kameraden Sacke verschiedene Unrichtigkeiten nachwies und ihn „der wissenschaftlichen Unfähigkeit“ überführte, sondern wahr ist, daß, weil Sacke angeführt hatte, daß die Führer der katholischen Facharbeiter in Versammlungen der Umänderung der Verfassung voriges Jahr schon den Bezug von Abfallfleisch von 18 Pfg. pro Pfund aus einer Preßlauer Konservenfabrik empfohlen hätten, sich Herr Müller sehr aufregte und er Sacke vorwarf, dies sei „eine wissenschaftliche Unwahrheit“. Darauf antwortete Sacke mit einem Zitat aus dem christlichen Fachorgan der Bergarbeiter und wies nach, daß er wortgetreu aus diesem christlichen Organ zitiert habe und da schreibt dieser Herr — Sacke sei „der wissenschaftlichen Unfähigkeit überführt worden“. Ueber eine solche unerbürte Kampfesart werden alle anständigen Leute mit uns einer Meinung sein. Wir wollen aber gleich hierbei noch hinzufügen, daß Herr Müller nicht im geringsten das Recht hatte, Sacke einen Vorwurf der wissenschaftlichen Unwahrheit zu machen. Denn, was Sacke darüber anführt, steht auch Wort für Wort in dem Leitblatt des Herrn Müller selbst. Die „Schlesischen Nachrichten“, für die Müller selbst viel schreibt, die er sicher auch ganz genau liest, schreiben in ihrer Nr. 205 vom 7. September 1905 in einem Verammlungsbericht des katholischen Arbeitervereins aus Habelschwerdt wörtlich folgendes: „Zur Vinderung der Fleischsalamiatit empfahl Redner den gemeinsamen Bezug von Abfallfleisch, welches eine Preßlauer Konservenfabrik für 18 Pfg. pro Pfund (verpackt für 20 Pfg.) anbietet. Die Versammlung beschloß demgemäß.“ Also, Herr Müller, wie wird Ihnen? Sie haben Sacke wieder einmal schändliches Unrecht, eine schwere Verleumdung zugefügt. Wessen Sinn Sie nicht überführt. Werden Sie soviel christliches Gefühl und Anstand heiligen, das Sacke angezogene Unrecht zu widerrufen? Finden Sie dazu nicht den ehrlchen Mut, dann sind Sie vor aller Welt gerichtet. Wenn — (Ermer) dann in seinem Bericht noch von einer „Niederage“ schreibt, wie sie vernichtender nicht gedacht werden kann für „Sacke mit seinem Anhang“, so ist das mehr als lächerlich. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, das wird jeder Unbefangene bestätigen. Wenn er dann noch „Sacke und Tholl das Gegenteil von Mut und Anstand“ vorwirft, so mag an anderer Stelle darüber entschieden werden. Wir aber wollen Herrn — sagen, daß es gerade der Anstand, „Sacke mit seinem Anhang“ verbot, länger in einer Versammlung zu bleiben, in welcher zwar zu völlig freier Diskussion eingeladen, dann aber ihnen in der ersten Versammlung schon durch Debatte-schluss das Wort abzuschneiden versucht und in der zweiten, aus Furcht, möglichst die Redezeit verkürzt und verkleinert und ihre Gegenerantwort nicht einmal verlesen, geschweige denn zur Abstimmung gebracht wurde. Wo der politische Anstand so mißachtet wird, wie das von Ermer in diesen Versammlungen besetzt wurde, da bleiben wir fern. Wenn Ermer und seine Auftraggeber mit uns in seinen Versammlungen diskutieren will, so verlangen wir, wenn er anständig und nicht wortbrüchlich sein will, daß er die angelegte freie Diskussion aufrecht erhält, wenn er uns aber nur als Statisten dort gebrauchen will, so danken wir und durchkreuzen seine Pläne, indem wir ihn hinter uns im Saale lassen. So macht es jeder Mensch, der etwas auf sich hält. Und wenn — in seinem Bericht von Anstand reden will, so fragen wir ihn, was das auch Anstand von Ermer, dem Kamerad W. i. m. e. l. in der ersten Versammlung zu sagen, „er sei einer von denjenigen, dem zu christlicher Arbeit die Hände im Wege seien“? Ist es Anstand, in der zweiten Versammlung W. i. m. e. l. als Stimmler zu bezeichnen? Und nun lassen wir über den „Freierabend“ samt seinem „Anstand-lehrer“ Ermer das wirklich anständige Publikum urteilen. Selbst Stubenbeamte, die in der Versammlung waren, haben sich absprechend über Ermers Reden geäußert. Nun, den „Schlesischen Nachrichten“ wollen wir das Geschriebene in ihrer Nr. 285 größtenteils schicken. Mit dem oben zu Müller's Worten in der ersten Versammlung sagten ist schon das Wichtigste widerlegt. Nur sei noch bemerkt, daß es doch mindestens höchst lächerlich ist, wenn die „Schlesischen Nachrichten“ in diesem ihrem Bericht Müller sagen lassen: Sacke mußte in mehrer Personlich werden und könne nicht sachlich diskutieren. Sacke hat nur ein einziges mal in Kungendorf diskutiert, dort hat sich Sacke auch sehr sachlich gehalten und Müller hat dabei läglich abgeschrieben. Aber wenn er wissen will, wer immer die Person Sacke's mit unwahren Behauptungen öffentlich angegriffen und heruntergerissen, so ist das gerade Herr Müller selbst. War er es nicht, der in einem Flugblatt in a h r h e i s i d r i g behauptete, Sacke habe eine Absicht gemacht anstatt im Reichstage seine Pflicht zu erfüllen? War Müller es nicht, der in Friedland wahrheitswidrig behauptet hat, daß Sacke habe in einer Versammlung in Kungendorf 60 junge Leute gebunden, die Müller niederschreien sollten. Also Herr Müller, schlagen Sie sich endlich an ihre Brust und — werfen Sie nicht mehr wahrheitswidrig anderen Leuten „wissenschaftliche Unwahrheiten“ vor.

Süddeutschland und Reichslände.

Kreuzwald. „Hätten sie auch Lumpen nur gleich totgeschlagen!“ antwortete am 9. Dezember ein Gen darm aus Kreuzwald dem Genossen Sch. Lauterbach, der bei diesem „Stellvertreter Gottes“ Schutz gegen die Kreuzwälder Grubenbeamten suchte. Seitens des Deutschen Bergarbeiterverbandes sollte an jenem Sonntag in Kreuzwald eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, für Kreuzwald allerdings etwas ganz Unerhörtes. Die Versammlung um jeden Preis zu vereiteln, war das Bestreben des gesamten Ordnungsbürokrats. Und da der Wirt nicht herumzukriegen war, mußte die Masse gegen die Versammlung fanatisiert werden. Der Herr Pfarrer hielt es für nötig, seinen Schäfchen vorzupredigen, daß niemand zu dem Wirt hingehen dürfe, denn die sozialdemokratischen Sch... seien da. Fast eine Stunde lang hat er von der Kanzel gegen die „gottlosen“ Sozialsogezogen. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil aufstarr der Bergarbeiter nur Beamte erschienen waren, und das hat den Lothinger Preßkollern! zu einem Jubelgeschrei Anlaß gegeben. „Ein Bravo den Kreuzwäldern!“ schrieen sie. Hoch lebe die Dummheit! Sie nährt immer noch alle gescheiterten, geschorene und geschmornenen Volkstrüger! Deshalb muß dem Volk auch die Dummheit erhalten bleiben, damit die Fleischhöpfe der Verräter stets voll und ihre Wäuche hübsch rund bleiben. Nachdem die Versammlung zu vereiteln war, gingen drei Verbandskameraden in die Wirtschaft zur Po- und verteilten dort an die anwesenden Bergleute die „Bergarbeiter-Zeitung“. Dabei gaben sie auch den ihnen nach hier nachgefolgten Beamten ebenfalls eine Zeitung, worauf diese sofort Händel angingen. Als ein Kamerad sich das fleghafte Benehmen eines Steigers verbat, schlug dieser jenem sofort ins Gesicht. Das war das Signal zum Angriff. Die anwesenden Beamten, einige „Rumpels“, sowie auch der Wirt fielen über die drei Wehrlosen her, schlugen sie nieder und warf n sie hinaus. Genosse Sch. begab sich hierauf zu einem Gendarmen, um diesem über die erlittenen Mißhandlungen Anzeige zu erstatten und ihn zu ersuchen, sie vor weiteren Unempfindungen zu schützen. Doch dieser gab ihm die schäffliche, aber nicht minder „christliche“ Antwort: „Ja, zu was denn? Hätten sie auch Lumpen gleich nur totgeschlagen!“ Kommentar vollständig überflüssig!

Abrechnung.

Bei der Hauptkasse haben folgende Zahlstellen für den Monat November abgerechnet: Aachen 1305,40, Altendorf-Ruhr 224,10, Altendorf-Rhein 268,00, Alteneffen 1460,30, Altdaten 628,40, Aplerbeck 361,70, Aplerbeckmarkt 442,60, Auf dem Schnee 331,10, Annon 728,50, Attendochum 402, Alfeld a. d. Leine 25,80, Barop 500,50, Benningshofen 128, Berghausen 125,90, Berge-Verbea 420,70, Beck 281,00, Bedchhausen 218, Bergheim 488, Beuthen 1588,10, Billmerlei 155,80, Blauenstein 35, Bochum I 205,70, Bochum II 661,10, Bochum III 372,40, Bochum IV 325,30, Bochum V 215,10, Bochum VI 356,60, Bochum VII 609,10, Bochum VIII 198,30, Bomen 390, Borbeck 417,20, Bottrop I 376, Bottrop II 328,60, Bödinghausen 199,50, Brambauer 797,10, Büsse 174,60, Brackel 610,40, Brauk 608,80, Brecht 358,90, Breben 95,50, Bredehofscheid 194, Brünninghausen 128, Buer 365,50, Buchhausen 412, Buntkau 770, Wittermarkt 160,90, Byfang 50, Bommer 352,90, Bededorf 46, Bruntenfen 73, Holzum 26, Caltrop 276,50, Carnap 360,90, Cörne 58, Cim- 30,50, Cöbed 75,90, Dahlhausen I 269,90, Dahlhausen II 214,40, Dahlhausen-Görtscholz 201,20, Derne 314,70, Dorstfeld 308,40, Dümpten I 162,80 (für Oktober 196,40), Dümpten II 272,80, Dümpten III 147,10, Dortmund 2221,70, Dülmen 37,90, Dellwoig 164, Deulen 154,50, Deininghausen 78, Deiningen 18,10, Deinsen 32,80, Deiningen 32,50, Eichholz 437,50, Eichlinghofen (Dezember) 624, Eickel 719,30, Elfringhausen 41,10, Eppingen 258,60, Esborn 393,50, Ethen 1151,30, Errenscheid 634,20, Errenscheid 1288,10, Esde 94,70, Fallersleben 22,80, Essen-Beit-Hofstraßen 76,60,

Gestorf 183,80, Einbed 48,00, Frintrup 577,80, Frohnhausen 171, Friedland 173,80, Freilbruch 291,10, Fulcrum 401,40, Freuden 126,00, Gelsenkirchen I 510,40, Gelsenkirchen II 671,70, Gelsenkirchen III 778,80, Gelsenkirchen IV 634,40, Gelsenkirchen V 240,70, Gelsenkirchen VI 489,10, Gelsenkirchen VII 393,60, Glabbe I 1071, Glabbe II 381,10, Glinningfeld 458, Gronau 54,20, Gruppensbruch 105,50, Grüns 84, Groß-Höden 41,70, Gierswalde 78,80, Haarpoff 122,80, Herne 1084,00, Haltern 72,00, Hahlinghausen 477,00, Hamborn I 814,70, Hamborn II 604, Hamm an der Lippe 200,20, Hahinghofen 183,20, Harsen 608,40, Hoesch 717,40, Heeren 884, Heisingen 156,20, Heren 1082,00, Heren 178,80, Hunderde 347,90, Hengeln 170,50, Herbede 105,00, Hiltrup-Verthe 287,80, Hiltrup-Bergen 171,80, Hordel 805, Hochlarmet 227,70, Hoeselde-Verdel 202,50, Hoesfeld 122,20, Henschelburg 52, Radene 61,50, Hahn 44, Heßen 206,10, Hohenhagen 90,80, Hovege 300,50, Hothausen bei Hattingen 182,80, Hothausen-n-Büding 88,10, Hothausen bei Wanne 301,30, Hothausen 115,60, Holzwickde 324,20, Hoeselde 2272,90, Hombroich 418, Hork-Emfcher 1008, Hork-Ruhr 144,70, Höschen I 107,20, Harbeggen (Oktober) 80, Hüntrop 472,50, Hörde 215,80, Hothausen bei Wülheim 278, Hahinghofen 31,40, Hohenhagen 34,40, Hoesel-Vogel 153, Hringhausen (Oktober und November) 88, Hohlfurt 50, Hohlter-Verdingen 149,90, Hattorh 834,80, Kaiserau 535,80, Kattenscheid 285,10, Kamen I 680,00, Kamen II 804,80, Katernberg I 642, Katernberg II 268,80, Kirchderne 248,80, Kirchderne 268,10, Kran 680, Kruckel 382,40, Königsdorn 372, Kupferdreh 119,80, Kirchderne 599,40, Klen 152,70, Kreeschagen 108,40, Kirchhorsten 29, Lübbchen 85,90, Laer 708,10, Langendreer 1722,40, Langfort 280,10, Langsaj 72,80, Linden-Ruhr 348,80, Lindenhof 198,10, Völkemburg 245, Lünen-Güß 667,10, Lünen-Nord 178,10, Lütgendortmund 1604,80, Lidewagen 105,00, Linden-Gannover 154,50, Marienfeld 54,50, Marten 720,40, Marfloh 808,60, Waidenich 512,10, Mengede 608,80, Miesbach 308,20, Mülheim-Ruhr 548,90, Massenerheide 64,20, Menglinghausen 115,60, Mülhausen bei Unna 76,80, Mülhingen 37,50, Niederborsfeld 151,30, Niederhausen 279,50, Niedermergen 66, Nienstedt 77,40, Oberhausen I 471,70, Oberhausen II 379,40, Oberhausen III 218,70, Pönnern-Ruhr 101,40, Obermann 100, Oberprochhövel 430,60, Dessel I 449,40, Dessel II 175,20, Ostholz 107,70, Obermarzloh 1184,50, Oberaden 107,60, Oberaltrop 320,60, Osterfeld 330,00, Oberwöhrden 203, Osterwald 95,80, Peissenberg-Hetten 60,20, Peisberg 853,60, Leonberg 60,80, Querenburg 480, Rönneberg 147,70, Rungel 351,40, Reddinghausen 1072,10, Reddinghausen-Süd 689,70, Rente 355,00, Reddinghausen 92,50, Rothhausen 857,00, Röhlinghausen 188,40, Röhlinghausen an 430,10, Röhlinghausen 374, Röhlinghausen 179,80, Reife 240, Sinsen 40,80, Studenbüsch 80, Somborn 335,50, Sommerberg 69,40, Solde 211,70, Sülz 92,50, Schanze 180,70, Scharnhorst 280,50, Niederprochhövel 651,70, Schindhorst 1448,10, Stryum 234,90, Sönnemede I 116,40, Sönnemede II 347,60, Schönebeck 308, Schwertelheide 87,00, Schüren 441,70, St. Johann 147,70, Stele 465,80, Stertrade 441,20, Stadthagen 32,00, Stiepel 678,40, Stadium 412,60, Stoppenberg I 190,70, Stoppenberg II 103,10, Sodingen 501,70, Scherlebede 232,20, Suderwich 207,80, Unna 495,50, Ueberruhr 120,70, Saarfeld 36,80, Vornholz-Durchholz 374,50, Wehlen 288, Urbach 41, Waldburg (Oktober) 8414,20, Wambel 80,00, Wanne 681,30, Wattenfeld I 900,10, Wattenfeld II 908,40, Weimar I 287,20, Weimar II 334,90, Wengern 153,10, Wesseln-Ruhr 500,80, Werne bei Langendreer 662,20, Werne an der Lippe 88,80, Wolframshausen 50, Wesshofel 306,80, Wesshofen 60,50, Weßlar 171, Wesshofen 106,00, Wesshofel 379,80, Wiede 282,80, Weßlar (September und Oktober) 1090,20, Weßlinghofen 107,30, Weßlar 80,80, Weßlar 3-türigen 848,90, Witten 453,60, Witz-Baak 303,80, Wörmsmühl 99,60, Wendebagen 134,40, Wulfrum 46, Wolfenbüttel 272,40, Schude (Oktober und November) 72,70, Sülde 13,60, Spittel 200,20, Röhlingen 30,00, Zweifelhause Widaun 24872,24, Hattingen 119,40, Holsaten 40,80, Egershausen 114,10, Peissenberg 68, Söhre 48,—, Waldenburg 8770,00 Mart.

Nicht abgerechnet haben: Albenrade (Bezirk Dinker), Affeln (Bez. Vartels), Abbeben, Empede, Harbeggen (Bez. Gärner), Königslutter (Bez. Reddigau), Alstedt (Bez. Graf).

Im Zweifelhause Widaun haben für den Monat November abgerechnet: Wessersleben 275,80, Witten 35,70, Wessdorf 98,40, Wesshütte 88,70, Wessersleben 46,50, Verburg 206,90, Weßlar-Heigen 383,40, Worne 40,80, Wirtigt 85, Wessendorf (Sachsen) 103,80, Wessendorf (Sachsen) 56,50, Wanneberg 191,20, Wodwa 82, Gainsdorf 196,70, Calbe 122,30, Eilewich 85,32, Colbran 121,60, Amstorf 2.0.10, Wante 78,55, Tülligsh 88, Deuben II 116,90, Döhlen 105,50, Weiersdorf 14,30, Dobritsch 17,25, Döbris 100, Erbach 199, Ed. rsbach 98,10, Wülbitz 92, Egel 35,10, Eversbrun 37,20, Froje 55, Friedrichsgrün 428,50, Eßfeld 64,95, Großsch 82,70, Gröben 320,00, Groß-Röhlig 62,50, Gerdsorf 913, Göhra 51,55, Gammig 174,10, Göttsleben 330,80, Halle-Annendorf 124, Geddingen 123,10, Helmndt 23,50, Hohenmühl 494,00, Helmndtort 97,30, Hohnndorf 599,70, Hopm 70, Selbra 32, Höglerdorf 178,80, Heidenau 66,20, Hartau 281,70, Horschhausen 123, Klein-Ramdorf 100,70, Harnigt 73, Klostermannsfeld 48,80, Kressdorf 285,80, Kierigsh 377,70, Kragua 199,60, Lobendorf 52,35, Loigsh 58, Ludenau 369,80, Vichtenstein 365,80, Luga 650, Leffchen 29,85, Lohndt 16,80, Vichtenau 62,40, Marienthal 176,80, Meußfeld 1438,73, Müßen 35,20, Muro 47,10, Markranst 37,20, Mühldebera 20, Mügeln 91,10, Müllendorf 38,20, Naundorf 122,40, Niederplanitz 477,10, Niederhaslau 378,50, Neudörfel 128, Niedermühl 534, Nemtze 80, Ober-Welau 25,80, Reutrichberg 82, Ockanitz 1060,50, Oberplanitz 271,70, Oberlungwitz 72,85, Orlitzben 56, Oströbblingen 261, Pöblich 95,40, Riebra 45,70, Röhlig 318,80, Reinsdorf 368, Räschen 21,60, Ranno 41, Rauen 183,20, Regis 98, Reinsenberg I 235,20, Reinsenberg II 461,95, Reinsenberg III 162, Sallgast 49,40, Sommerdorf 39,80, Seifersdorf 174,50, Sauo 103,10, Schöningen 38,50, Schöndorf 251,50, Schöneberg 45,50, Schönbühl 26,50, Schönbörne 45,20, Steirach 64, Staßfurt 718,50, Stenn 21,50, Stedten 240,40, Stollberg 163,55, Steinbach (bei Leisnig) 21,70, Teufchen an 16,50, Teubitz 271,90, Träna 67,60, Tüchrau 50,90, Unterwerdingen 33,90, Unseburg 82, Zarrum 17,20, Weßlar 382,70, Wiffau 223,40, Wiesen 27,70, Tollwitz 104,20, Weißig 38,50, Froburg 108,55, Wiedenhain 117,20, Weß 547,10, Wilmendorf 48,90, Zichorau 16,60, Zichorau 56, Zöschden 718,60, Zwidau 164,50, Zwenkau 59,90, Zaukeroda 174,50, El. zelmitglieder 4,70, Zwidau 7,90, Zwidau 70,80, Zichorau 60,90, Zichorau 81,80, Zinnwald 55,10, Hofig 502,50, Zippendorf 458,60, Zehlig 39 Mart.

Nicht abgerechnet haben: Albenrade, Borna, Wodwig, Deuben I, Döfzig, Frankfurt, Guben, Gütten, Grünwald, Lichte taune, Neustädte, Obchobndorf, Pöhlau, Rulsberg, Reppitz, Rohnsdorf, Teuchern, Tinsfeld, Wölpke, Welschhuje.

Briefkasten.

1.50 Mark eingegangen zum Anschaffen von Wagenstimmern auf Grube Köhling Wessbrunnen Algringen, Lothringen. Der Betrag kann von beüblicher Seite gegen Quittung bei der Redaktion dieser Zeitung abgeholt werden. — Verschiedene Kameraden diene auf ihre Anfragen zur Nachricht, daß ihre Einwendungen Raumangels halber zurückgestellt werden mußten. Es bleibt natürlich dabei nicht aus, daß verschiedene veraltet und dann überhaupt, da wertlos, nicht mehr Aufnahme finden kann. Während der Wahlbewegung ersuchen wir alle unsere Mitarbeiter, nur Mitteilungen, deren Wichtigkeit keinen Ausschub duldet an uns gelangen zu lassen, da noch ein ganz ansehnlicher Stroh von Einwendungen bei uns lagert und der Verbindung harret. (D. H.) — Gruhl Seppi. Leider war für dein Eingekand kein Plätzchen mehr frei. Doch wird es nächste Woche erscheinen.

Verbandsnachrichten.

Wegen der Feiertage war es uns nicht möglich diese Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ achteitig herzustellen und erscheint dieselbe deshalb nur vierseitig. Wir eruchten die Kameraden, diese Nummer der Verbandszeitung zur Verbreitung an Nichtmitgliedern zu verwenden.

Wichtig! Die bei uns bestellten Bücher: „Die Sozialdemokratischen Gewerkschaften“ werden nach uns zugegangener Mitteilung Mitte Januar uns zugehen. Wir werden dieselben sofort in unserer Buchhandlung einbinden lassen und dann zum Versand bringen.

Die bei uns bestellten Zahlstellenstempel sind bei der in Frage kommenden Stempelfabrik bestellt und gelangen sofort, nachdem dieselben bei uns eingegangen sind, an die einzelnen Zahlstellen zur Verwendung.

Der Vorstand. Den Kameraden der Zahlstelle Hordel zur Kenntnis, daß vom 1. Januar 1907 ab das Kränkengelb von unserem neugewählten Kassierer G. Reibe Hordel Mißleitkarte 12^{te} wie bisher Sonntags Vormittags von 10 bis 12 ausbezahlt wird.

Horden. Wohnn. vom 1. Januar 1907 ab in Herren, Wilhelmstraße 16. Franz Hoffmann, Vertrauensmann.

